



Gemeinsam gegen Einsamkeit – Für eine nationale Strategie

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 9. Februar 2021

Einsamkeit: Eine wachsende Herausforderung

Einsamkeit, ihre Auswirkungen und der Umgang mit ihr haben in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion in Deutschland mehr und mehr bestimmt. Viele Menschen leiden unter Einsamkeit oder sozialer Isolation, mit weitreichenden Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gesundheitswesen.

Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß der Einsamkeit noch weiter verstärkt. Mit dem Ziel, Menschen vor dem Corona-Virus zu schützen und das deutsche Gesundheitssystem nicht zu überfordern, haben Bund und Länder weitgehende Kontaktbeschränkungen beschlossen. Kontakte zu Familie, Freunden und Kollegen sind seit Monaten eingeschränkt. Für viele Menschen bedeutet dies aber auch: Neue oder noch mehr Einsamkeit. Die Pandemie stellt uns damit noch einmal vor ganz neue Herausforderungen. Insbesondere viele ältere, alleinlebende Menschen sind verunsichert und trauen sich kaum aus dem Haus. Sie sind vom sozialen Leben abgeschnitten, ohne persönlichen Austausch. Die Generation, der wir so viel verdanken, leidet oft still. Aber auch junge Erwachsene sind von Hoffnungslosigkeit und Einsamkeit betroffen. Für alle Generationen ist die aktuelle Situation schwer auszuhalten. Wir werden uns den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in der kommenden Zeit verstärkt widmen müssen.

Einsamkeit: Ursachen und Folgen

Einsamkeit empfindet der Einzelne als einen Mangel an gelebten Bindungen und Beziehungen. Das Ausbleiben der Erfahrung, Teil eines sinnstiftenden Ganzen zu sein, verstärkt die Einsamkeit. Einsam ist, wer ungewollt über zu wenige familiäre und soziale Bindungen verfügt und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen ist. Im Gegensatz dazu ist soziale Isolation, also das Fehlen von sozialen Kontakten und sozialen Beziehungen, eher messbar. Alleinsein und Einsamkeit sind nicht immer deckungsgleich. Wenige Kontakte zu haben, kann auch eine freiwillige individuelle Entscheidung sein und so den persönlichen Bedürfnissen entsprechen. Diese Entscheidung sollte akzeptiert werden.

Bereits vor den einschneidenden Veränderungen aufgrund der Corona-Pandemie haben die großen, strukturellen Entwicklungen unserer Gesellschaft wie Urbanisierung, zunehmende Mobilität, Digitalisierung und Überalterung zu einer Abnahme fester Bindungen geführt – in strukturschwachen Räumen ebenso wie in städtischen Ballungszentren. Dies kann wiederum Einsamkeit fördern. Es gibt mehr Singles, mehr Trennungen und mehr Menschen, deren erster Ansprechpartner der Computer ist.

In der Zeit der Corona-Pandemie ist mobile Arbeit (also örtlich flexible Arbeit, die nicht an ein Büro gebunden ist) ein Stück weit zur Normalität geworden. Mobile Arbeit hat viele positive Seiten – sie kann Motivation und Arbeitszufriedenheit steigern und vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Aber: Digitale Arbeitsplätze können ebenfalls zur Vereinsamung beitragen, denn der

„Lebensraum“ Arbeitsplatz fällt plötzlich teilweise oder sogar ganz weg. Digitale Kommunikation kann Vereinsamung verstärken, wenn sie zu weniger persönlichen Begegnungen führt. Sie kann aber auch eine Brücke hin zu echten Beziehungen bauen. Am Ende kommt es auf das richtige Maß und die Art der Nutzung an. Um dieses Maß zu finden und (psychische) Gesundheit am Arbeitsplatz zu stärken, kann betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) weiter ausgebaut und gefördert werden.

„Kurzarbeit Null“ ist ein sinnvolles Instrument in der Corona-Krise. Sie führt aber zu einem – meist vorübergehenden – Verlust des gewohnten Arbeitsumfelds. Auch Arbeitslosigkeit wird uns bis zur Überwindung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen verstärkt begleiten. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden und sich nicht durch die Arbeit gesellschaftlich einbringen zu können, führt häufig auch zu Scham und Rückzug. Arbeit ist nach unserer Überzeugung mehr als nur Broterwerb. Sie ist sinnstiftend und schafft zugleich einen sozialen Raum mit direkten Begegnungen und kollegialem Zusammenhalt, der für viele Menschen eine bedeutende Rolle spielt.

Besondere Beachtung müssen die gesundheitlichen Folgen der sozialen Isolation und der Einsamkeit finden. Diese umfassen, neben psychischen Folgen wie z.B. Stress, Angsterkrankungen, Depressionen oder Demenz auch physische Folgen wie z.B. eine höhere Anfälligkeit für Infektionen und Herz- Kreislauf-Erkrankungen oder auch Fehlernährung. Einsamkeit macht krank. Einsame Menschen gehen häufiger zum Arzt und werden schneller pflegebedürftig. Die Bekämpfung der sozialen Isolation und der Einsamkeit ist daher auch psychische und physische Gesundheitsvorsorge.

Einsamkeit betrifft insbesondere alte, aber auch junge, behinderte und erwerbsgeminderte Menschen

Einsamkeit betrifft alle Generationen. Besonders stark betroffen sind jedoch die jungen Erwachsenen und die hochaltrigen Seniorinnen und Senioren, aber auch Menschen mit Behinderungen und erwerbsgeminderte Menschen.

Bereits dem Deutschen Alterssurvey vom Februar 2014 zufolge gab rund ein Drittel der Befragten in der Altersgruppe 40 bis 85 an, dass Einsamkeitsgefühle teilweise zutreffend die eigene Gefühlslage beschreiben. Unter den über 85-Jährigen sind es laut einer Hochaltrigen-Studie sogar knapp 40 Prozent. Häufig einsam fühlen sich ca. 10 Prozent der Bevölkerung, am stärksten die über 60-Jährigen. In der Pandemie hat die Einsamkeit deutlich zugenommen.

Ein zentrales Ziel einer nationalen Strategie gegen Einsamkeit soll deshalb darin bestehen, Menschen bis ins hohe Alter dabei zu unterstützen, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben. Dazu bedarf es ganz unterschiedlicher Instrumente. Im Vordergrund steht dabei, die Bedürfnisse älterer Menschen stärker ins gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sie als selbstverständlichen Bestandteil auch in allen politischen Bereichen zu verankern. Es gibt bereits eine Reihe von gezielten Programmen und Initiativen, die Aspekte der

Einsamkeit angehen und gute Beispiele für ein wichtiges soziales Engagement unserer Gemeinschaft sind. Somit leisten sie einen wichtigen und aktiven Beitrag zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (insbesondere Ziel 3 „Gesundheit und Wohlergehen“).

Auch junge Menschen leiden unter Einsamkeit und Isolation als Folge des Wegfalls familiärer und sozialer Bindungen oder als Folge der Digitalisierung. Das betrifft besonders stark die 18 bis 39-Jährigen. Bei jungen Menschen unter 20 Jahren nimmt Einsamkeit zudem besonders dynamisch zu. Das erfüllt uns mit großer Sorge. Wenige empirische Erkenntnisse haben wir bisher über die Folgen von Kontaktbeschränkungen aufgrund von Corona für Kinder und Jugendliche in einer sehr dynamischen Entwicklungsphase, bei denen sich das soziale Umfeld in der Pandemie stark auf die Eltern und ggf. auch die Geschwister verengt. Auch sie müssen wir sorgsam in den Blick nehmen.

Einsamkeit bei jungen Menschen darf kein Tabuthema sein. Auch wer mobil und digital unterwegs ist, braucht belastbare, tiefe und dauerhafte Bindungen. Dafür muss das Bewusstsein gestärkt werden – in Familien, Schulen und im digitalen Raum selbst. Gerade im schulischen Kontext bedarf es nicht nur einer Förderung von digitalen Skills, sondern insbesondere auch von zwischenmenschlichen Fähigkeiten. Ferner können Ehrenamt und soziales Engagement einen Beitrag zu gesellschaftlicher Einbindung und Teilhabe leisten.

Auch viele Menschen mit Behinderungen haben mit Einsamkeit zu kämpfen – mehr als doppelt so häufig wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Die aktuelle Schließung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen dürfte soziale Isolation und Einsamkeit der Betroffenen auch noch einmal verstärkt haben. Es ist daher wichtig, dass wir in den Anstrengungen für die Gestaltung eines inklusiven Sozialraums in allen Lebensbereichen nicht nachlassen. Dazu zählen Barrierefreiheit, z.B. im Bereich der Mobilität und der Stadtentwicklung, und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an einem inklusiven Arbeitsmarkt, aber auch Rehabilitationsmaßnahmen, die die Einkommens- und Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern.

Der nach Freiheit und sozialer Bindung strebende Mensch

Unser Menschenbild als Christdemokraten beschreibt den nach Freiheit strebenden geistig-moralischen Menschen, der nicht vereinzelt in einer ungebundenen Gesellschaft, sondern in einer Gemeinschaft lebt, in der er Verantwortung für sich und andere übernimmt. In besonderer Weise übernehmen Menschen in den Familien Verantwortung – über Generationen hinweg. Als Christdemokraten und Christsoziale haben wir daher dafür gesorgt, dass das Engagement gegen Einsamkeit in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Wir haben uns vorgenommen, Strategien und Konzepte zu entwickeln, die Einsamkeit in allen Altersgruppen vorbeugen und Vereinsamung bekämpfen.

Aufruf für eine solidarische Gemeinschaft – Gemeinsam gegen Einsamkeit in der Corona-Krise

Dabei wollen wir neben einer langfristigen Strategie gegen Einsamkeit jetzt schnell auf die zunehmende Einsamkeit in der Corona-Krise reagieren. Wir rufen jeden in unserem Land auf, nach seinen Möglichkeiten und in seiner Zuständigkeit in den kommenden Wochen Brücken der Gemeinschaft zu bauen! Kirchgemeinden, Parteien und Vereine jeglicher Art, soziokulturelle Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Bürgermeister, die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, Unternehmen und Gewerkschaften, Freundes- und Familienkreise, Nachbarschaften und Hausgemeinschaften, jede und jeder Einzelne soll in seinem Umfeld aktiv werden!

Jeder sollte sich fragen: Was kann ich tun? Welche Nachbarin habe ich lange nicht gesehen? Welcher Kollege wohnt allein? Mit wem habe ich lange nicht mehr gesprochen? Telefonanrufe, kurze Kontakte an der Haustür mit Abstand und medizinischer Maske oder kurze Spaziergänge können ein Teil der Lösung sein. Wir müssen jetzt insbesondere die erreichen, die alleine wohnen oder sonst keine Ansprechpartner haben. Jeden von ihnen muss in den kommenden Tagen und Wochen jemand fragen: Wie geht's Dir? Was brauchst Du? Vielleicht ist es Hilfe beim Vereinbaren des Impftermins, vielleicht Hilfe beim Einkauf oder einfach zu wissen: da ist jemand, der an mich denkt.

Die Corona-Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, wie schnell unerwartete Entwicklungen zur Verschärfung gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Einsamkeit führen können. Daher wollen wir das Thema auch langfristig und strategisch angehen.

Für eine nationale Strategie

Einsamkeit sollte endlich ihr Stigma verlieren und die Prävention mehr Aufmerksamkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten – so im Gesundheitssektor, in der Arbeitswelt oder auch in der Stadtentwicklung. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt von Gemeinschaft, nicht von Vereinzelung. Eine funktionierende Demokratie braucht Austausch und Interaktion. Die Zusammenhänge zwischen politischer Radikalisierung sowie Isolation und Einsamkeit müssen im Detail untersucht werden.

Einsamkeit und soziale Isolation sollen ein Schwerpunkt unserer sozialen und politischen Arbeit werden. Wir müssen die Forschung intensivieren, Programme auflegen und neue Konzepte für eine Gegenstrategie entwickeln.

Die Politik ist aufgefordert, Ideen und Angebote zu strukturieren, zu vernetzen und eine kohärente Gesamtstrategie zu entwickeln. Wir als Union sehen, welche weitreichenden Folgen Einsamkeit haben kann. Deshalb nehmen wir uns ganz besonders des Themas an.

Wir wollen eine nationale Strategie, die zielgerichtet Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Einsamkeit formuliert, ihre Umsetzung begleitet, evaluiert und steuert. Zur Strategie gehören:

1. Die Bestellung einer oder eines **Einsamkeitsbeauftragten** bei der Bundesregierung. Sie bzw. er soll zentraler Ansprechpartner sein und die Umsetzung der Strategie über die Ressorts und Ebenen hinweg koordinieren.
2. Ein **nationaler Aktionsplan Einsamkeit** für Deutschland. Dieser soll konkrete Ziele definieren und Maßnahmen strukturieren. Er soll im Sinne der Subsidiarität Impulse für das Engagement der Zivilgesellschaft, von Unternehmen, sozialen Trägern, Ländern, Kommunen und anderen Akteuren geben, und Schritte des Bundes initiieren. Kommunen sind wichtige Partner; sie werden unterstützt, eigene Aktionspläne aufzustellen und durchzuführen. Ausgangspunkt des nationalen Aktionsplans sollten insbesondere die Erfahrungen der Corona-Pandemie sein.
3. Die stärkere Institutionalisierung der **Forschung** und der Entwicklung von Strategien gegen Einsamkeit und Isolation sowie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Maßnahmen sollen **datenbasiert** und zielgerichtet auf lokale Bedarfe antworten. Daher wollen wir eine statistische Erhebung von Einsamkeit bis zur kommunalen Ebene, wie zum Beispiel in den Niederlanden. Maßnahmen müssen mit Blick auf ihre Wirkung evaluiert werden.
4. Bessere **Vernetzung, Zusammenarbeit und Ergänzung** der Akteure. Durch Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern, Kommunen und Aktiven werden **erfolgreiche Ansätze in die Breite getragen**. Dazu tragen lokale, regionale und bundesweite Bündnisse bei. Ein enger Austausch mit der „Offensive Psychische Gesundheit“, an der sich seit Oktober 2020 drei Bundesministerien und mehr als 50 Institutionen aus dem Bereich der Prävention beteiligen, schafft wichtige Synergien.
5. Eine bundesweite **Kampagne**. Sie soll ermutigen, Bewusstsein schaffen und auf Angebote aufmerksam machen. Das **Tabu**, über Einsamkeit zu sprechen, muss gebrochen werden. Dabei sollen zielgruppenspezifische Medien eingesetzt werden, um alle Altersgruppen zu erreichen.

Impulse zur Entwicklung von Aktionsplänen der unterschiedlichen Ebenen:

Bund:

- Stärkung der Freiwilligendienste für junge Menschen. Ein sozialer Dienst ist sinnstiftend und bereichert oft das ganze weitere Leben. Freiwilliges Engagement stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen den Generationen.
- Gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement (z.B. Sportvereine, Kirchengemeinden, Mittagstische in der Nachbarschaft,

Seniorenvertretungen als unabhängige und ehrenamtliche Berater in der Kommunalpolitik) als Basis für ein nachhaltiges gesellschaftliches Miteinander. Unterstützung von engagementfördernden Einrichtungen bzw. Diensten wie der Deutschen Sportjugend (DSJ), um dem Phänomen der Einsamkeit zu begegnen.

- Bürokratieabbau für und Förderung von innovativen Wohnformen wie Senioren-WGs sowie des gemeinschaftlichen und generationsübergreifenden Wohnens. Stärkung familiärer Strukturen, damit generationenübergreifendes Zusammenleben wieder größeres Gewicht bekommt.
- Ausrufung eines Wettbewerbs „Altersfreundliche Stadt“ und „Altersfreundliche Kommune“
- Fortführung des 2020 gestarteten ESF-Bundesmodellprogramms „Stärkung der Teilhabe Älterer – Wege aus der Einsamkeit und sozialen Isolation im Alter“ mit dem Ziel einer Etablierung trägerübergreifender Strukturen zur Verbesserung der Einkommens- und Lebenssituation älterer Beschäftigter beim Übergang in die nachberufliche Phase und der Stärkung der sozialen Teilhabe älterer Menschen
- Sensibilisierung von Arbeitgebern, Personal-, Betriebsräten und Schwerbehindertenvertretungen, gerade im Zuge des verstärkten Einsatzes mobiler Arbeit das Thema Einsamkeit im Rahmen der betrieblichen Prävention aber auch im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements stärker in den Blick zu nehmen. Hierbei sollten auch die Krankenkassen und die Deutsche Rentenversicherung Bund als Träger von Prävention in der Arbeitswelt bzw. beruflicher Rehabilitation einbezogen werden.
- Nutzung der rechtlichen Möglichkeit für Hausärzte, Kontaktdaten einsamer Menschen weiterzugeben, die ohne medizinischen Grund die Sprechstunde besuchen, sofern diese zustimmen. Des Weiteren könnten sie als Schnittstelle fungieren und in ihren Praxen über Netzwerke informieren, die sich gegen Einsamkeit engagieren.
- Sensibilisierung für Erkenntnisse aus nicht medizinisch indizierten Notfalleinsätzen. Wenn offensichtlich der Wunsch nach menschlichem Kontakt, Anlass für den Notruf war, sollten Ärztinnen und Ärzte verstärkt ihre Möglichkeit nutzen, mit Erlaubnis der Betroffenen, deren Kontaktdaten weiterzuleiten.
- Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten in Kliniken für die Identifizierung und ehrenamtliche sozialpsychologische Betreuung von Patientinnen und Patienten, deren Diagnose auf Vereinsamung schließen lässt, z.B. Dehydrierung, Alkoholismus, Demenz oder unversorgte Wunden.
- Prüfung, inwieweit Bestattungsinstitute im Gespräch mit den Hinterbliebenen erfragen können, ob erwünscht ist, dass kommunale oder ehrenamtliche Stellen mit Angeboten gegen die Einsamkeit auf sie zukommen. Dies sollte auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen vermerkt und übermittelt werden.
- Fortführung von Breitband- und Mobilfunkausbau in ländlichen Regionen

- Stärkung des Vereinslebens durch Unterstützung der Vereine bei der Digitalisierung
- Einbeziehung digitaler Unternehmen und Start-Ups in die Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit. Hierbei kann u.a. in digitale Applikationen und Technologien investiert werden, die bei der Eindämmung von Einsamkeit genutzt werden können. Dadurch entstehen nachhaltige Arbeitsplätze der Zukunft und der Digitalstandort Deutschland kann gestärkt werden.
- Berücksichtigung des Themas bei der Ausschreibung von Modell- und Demonstrationsvorhaben sowie Forschungsprojekten.
- Erforschung des Themas Einsamkeit im Kontext ländliche Räume/dörfliche Strukturen einerseits und im Kontext Stadt andererseits.
- Erforschung der Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie

Länder und Kommunen:

- Einbeziehung des Themas im Bereich der Stadtentwicklung, zum Beispiel durch integrative Co-Generationsviertel und niedrigschwellige und begegnungsfreundliche Orte innerhalb von Städten und Stadtteilen
- Einbeziehung des Themas im Bereich der ländlichen Entwicklung, zum Beispiel bei der Ausgestaltung sozialbezogener dörflicher Infrastrukturen.
- Einrichtung einer Ansprechstelle in den Kommunen, bei der die Hinweise auf und Anrufe von einsamen Menschen aufgenommen werden, eine Kontaktaufnahme/Besuch veranlasst und ggf. weitere Hilfsangebote vermittelt werden.
- Stärkung der Engagementförderung in den Kommunen, die sich insbesondere auch um Strukturen für die Schaffung barrierefreier Angebote zum ehrenamtlichen Engagement kümmern.
- Verstetigung und flächendeckender Ausbau bestehender ehrenamtlicher Kommunikationsangebote gegen Einsamkeit und Ausdehnung auf jüngere Zielgruppen, wie z.B. das Silbernetz.
- Förderung von seniorenrechtlichen und barrierefreien Wohnungen, Anlagen und Stadtquartieren mit Begegnungsräumen für ältere Menschen
- Bereitstellung von Assistenz- und Bildungsangeboten für ältere Menschen, aber auch Menschen mit Behinderungen.
- Umsetzung der von der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vorgeschlagenen bundesweiten Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit für eine inklusive Sozialraumgestaltung in allen Lebensbereichen (z. B. Bauen und Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung).
- Prüfung und Umsetzung von Konzepten für öffentliche „Coworking Spaces“ im ländlichen Raum, in denen Beschäftigte verschiedener Betriebe und Verwaltungen wohnortnah zu mobiler Arbeit zusammenkommen können.

- Gemeinsam mit dem Bund Stärkung des ÖPNV und Ausbau alternativer Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse gerade in dünner besiedelten ländlichen Regionen, damit vor allem ältere Menschen bessere Möglichkeiten haben, ohne eigenen PKW am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und beispielsweise Angebote in Begegnungsräumen zu nutzen.
- Initiierung von Besuchs- und Begleitprojekten der Hilfsdienste und Mehrgenerationenhäuser, wie z.B. Projekte des Malteser Hilfsdienst e.V.
- Förderung bestehender Projekte zwischen Alt und Jung, wie z. B. Kooperationen zwischen Kindergärten und Seniorenheimen oder Studentischer Besuchsdienste und Seniorenheime, um einen Erfahrungs- und Wissensaustausch alt/jung zu stärken. Weitere Initiativen zur Errichtung zusätzlicher Projekte, auch unter Anbindung an die Mehrgenerationenhäuser, sind wünschenswert.
- Unterstützung von Seniorinnen und Senioren beim Erwerb digitaler Kompetenzen.
- Wegweiser beim Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand. Dabei soll auch auf ehrenamtliches Engagement im Wohnort/der Heimatregion hingewiesen werden, um die nachberufliche Zeit kreativ zu gestalten. Gezieltes Angebot eines Freiwilligendienstes am Ende der Erwerbsphase.
- Einbeziehung von „Gemeindeschwestern“ in Kleinkommunen
- Stärkung und Unterstützung von Freiwilligenagenturen
- Aufbau von mobilen Angeboten zur Beratung und zur Verbreitung der kulturellen und sozialen Angebote in den ländlichen Regionen.
- Förderung von Mittagstischangeboten für Seniorinnen und Senioren
- Aufbau kommunaler Datenbanken, in denen die Kontaktdaten interessierter Menschen eingegeben und an Anbieter bestehender Angebote der sozialen Teilhabe weitergegeben werden können, sofern die Betroffenen dem zugestimmt haben.
- Zusammenführen der Daten, über die Behörden innerhalb der Kommunen verfügen, um entsprechende Fachpläne aufzustellen. Durch den Datenaustausch lassen sich beispielsweise Ein-Personen-Haushalte und deren Altersstrukturen detailliert sichtbar machen.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin